Bezugspreis für Dezember durch die Post bezogen 2,00 Mk. ausschl. Bestellgeld in der Stadt Münster 2,00 Mk.
Beilagen: „Am Weg der Zeit" (für das Geistesleben der Gegenwart), „Der Erzähler", „Der Frauen Welt und Heim", „Jugendland", „Der Wanderer" (für Reise, Bäder und Verkehr), „Stamm und Scholle" (aus Leben und Geschichte der Heimat), „Technik und Erfindung", „Der Münsterländer" (für Feld, Garten und Haus).
Sonder-Ausgaben: Steinfurter Anzeiger, Warendorfer Anzeiger, Westmünsterländer Anzeiger, Borken-Bocholter Anzeiger (nur für die Bezieher der jeweiligen Kreise wochentäglich).
Redaktion und Verlag: Gallitzinstraße 13, Ecke Hamburger Straße — Fernsprecher Nr. 2448, 2449 und 2450.
Geschäftsstelle: Münster, Prinzipalmarkt 13/14, Fernspr. Nr. 78. — Rheine, Emsstraße 34 a, Fernspr. 670.
Berliner Redaktion: Paul Fr. Hüsgen, Berlin SW 48, Hedemannstraße 25, Fernsprecher Hasenheide 883

Münsterischer Anzeiger

und Münsterische Volkszeitung

Morgen-Ausgabe

76. Jahrgang

Preis 10 Pfg. im Einzelverkauf.

Anzeigen: Das mm Höhe 29 mm breit kostet für Anzeigen von Auftraggebern außerhalb des Reg.-Bez. Münster sowie für alle amtl. Finanz-, Sammel-, Markenartikel u. Vereinig.-Anzeig. 15 Pfg., für sonst. Anzeigen aus d. Reg.-Bez. Münster u. der Grafsch. Bentheim 11 Pfg., aus der Stadt Münster 8 Pfg., Familienanzeigen 8 Pfg., bei Barzahl. 7 Pfg., kleine Anz. des priv. Verk. aus Münster bei Barzahl. 6 Pfg.
Reklamen: Das mm 90 Pfg. (Spaltenbreite 90 mm). Für Erfüllung von Platzvorschriften sowie Aufnahme an bestimmten Tagen u. in bestimmter Größe wird keine Gewähr sowie für Druck- und Schönheitsfehler keine Haftung übernommen. Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kann verweigert werden, wenn Zahlung nicht binnen 4 Wochen nach Erhalt der Rechnung erfolgt.
Beilagen: Gebührenberechnung nach Gewicht.
Postscheckkonto Köln 42 114. Erfüllungsort Münster i. W.

Erstes Blatt — Freitag, den 23. Dezember 1927 — Nummer 1327

Zur Wahlrechtsreform.

Der Ruf nach der immer dringender werdenden Wahlrechtsreform, die den großen Wahlkreisen und damit dem Listensystem ein Ende bereitet, ist bisher ziemlich unerhört verhallt, weil die Reform bei den Abgeordneten auf wenig Gegenliebe stößt. Das Zentrum hat bekanntlich bereits auf seinem Parteitag in Kassel eine Kommission zur Vorbereitung der Reform eingesetzt und es hat auch vor kurzem eine Interpellation im Reichstage eingebracht, um die Sache in Fluß zu bringen. Die Meinungen im Reichstage sind aber so geteilt, daß man sich von dem Weitertreiben der Angelegenheit noch vor den nächsten Wahlen offenbar keinen Erfolg verspricht, denn das Zentrum hat leider stillschweigend auf die Beantwortung der Interpellation bisher verzichtet. Ein Mittel, die Reform zu erzwingen, gibt es ja auch nicht, da der deutschnationale Innenminister offenbar wenig Neigung verspürt, einen Entwurf vorzulegen und außer einem großen Teile des Zentrums augenblicklich nur die Demokraten, die glauben, ihrem Mandatsschwund durch die Neuregelung Einhalt tun zu können, sich für die Reform ausgesprochen haben. Man hatte daher die Hoffnung, noch vor den nächsten Wahlen eine Neuregelung zu erzielen, aufgegeben.

Das Urteil des Staatsgerichtshofes, das die verschiedenen Länderwahlen der letzten Zeit für ungültig erklärte, hat nun die Diskussion über die Wahlreform aufs neue eröffnet. In den verschiedenen Ländern hatten die Landtage eine Änderung ihrer landesgesetzlichen Wahlbestimmungen herbeigeführt, indem sie für die Verbindlichkeit von Wahlvorschlägen die Bedingung festsetzten, daß sie eine gewisse Anzahl von Unterschriften tragen müssen, und daß als Kaution eine bestimmte Geldsumme zu hinterlegen ist. Man wollte dadurch verhindern, daß bedeutungslose Splittergruppen zu ihrer eigenen Wahlliste kommen. Verschiedene Gruppen hatten gegen diese „Einschränkung des Wahlrechts" protestiert und der Staatsgerichtshof mußte aus formal-juristischen Erwägungen diesem Einspruch stattgeben.

Nach dem Spruch des Staatsgerichtshofes, der auch weiteren Kreisen die Unhaltbarkeit der augenblicklichen Wahllisten-Vorschriften erwiesen hat, haben, wie nunmehr gemeldet wird, sofort im Reichstage Besprechungen mit dem Ziele stattgefunden, die in den Ländern vorgesehenen Bindungen durch ein verfassungsänderndes Gesetz reichsrechtlich zu sanktionieren. Anfang Januar werden, wie das Nachrichtenbüro des V. D. Z. hört, die großen und maßgebenden Fraktionen des Reichstages sich mit der Vorlegung eines konkreten Antrags in dieser Beziehung beschäftigen. Es gilt als unzweifelhaft, daß die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit hierfür zustande kommt.

Bei dieser Gelegenheit wird der Versuch unternommen werden, aus der großen Wahlrechtsreform als Teillösung die Vergrößerung der Wahlkreisverbände von bisher zwei auf drei Wahlkreise durchzuführen, wodurch die Bedeutung der ziemlich anonymen Reichslisten vermindert werden soll. Weitere grundlegende Änderungen des Wahlrechts dürften vor den Wahlen nicht mehr in Angriff genommen werden. Übrigens kann es, wie das Nachrichtenbüro des V. D. Z. weiter hört, als ausgeschlossen gelten, daß bei den Wahlrechtsreform-Verhandlungen nach den Wahlen sich für die Heraufsetzung des Wahlalters die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit findet, da Sozialdemokraten und Kommunisten, die allein über mehr als ein Drittel der Reichstagsstimmen verfügen, sich bereits klar und unzweideutig gegen eine solche Maßnahme erklärt haben. Wohl aber wird im Rahmen der großen Reform, die auch von weiten Kreisen der Öffentlichkeit im Interesse einer größeren Individualisierung des Wahlvorganges gefordert Verkleinerung der Wahlkreise erreichbar sein.

Jeder Schritt auf dem Wege zur Wahlrechtsreform ist natürlich zu begrüßen. Der Bildung von Splitterparteien, die in unserem parlamentarischen System keinen Platz haben und zur Erfolglosigkeit verurteilt sind, kann man durch die reichsrechtliche Regelung der Bindungen entgegenwirken. Von der weiter vorgesehenen Teillösung, der Vergrößerung der Wahlkreisverbände, d. h. der Zusammenfassung von drei Wahlkreisen zu einem Wahlkreisverbande, wird man sich einen Erfolg kaum versprechen können. Wenn auch einige Mandate der Reichslisten in Fortfall kommen und dafür Kandidaten der Wahlkreislisten in die Parlamente eintreten, so kann man das als Teillösung einer Reform kaum bezeichnen. Außerdem bestehen verschiedene Wahlkreisverbände bereits aus drei Wahlkreisen, so Schlesien, Thüringen, Niedersachsen und Sachsen.

Ob die in erster Linie erforderliche Verkleinerung der Wahlkreise erreichbar sein wird, wie es in der Meldung des V. D. Z.-Büros heißt, wollen wir vorläufig dahingestellt sein lassen. Nach der Stimmung in den Kreisen der Abgeordneten sieht es nicht danach aus. Die Wähler fahren jedenfalls am besten, wenn sie zur Selbsthilfe schreiten und von jedem Kandidaten, der im nächsten Jahre aufgestellt wird, die bindende Erklärung verlangen, daß er für eine Reform der Wahlbestimmungen und eine Verkleinerung der Wahlkreise eintritt. Gelingt es nicht, zu einer durchgreifenden Wahlreform zu kommen, so wird die immer mehr bemerkbare politische Interessenlosigkeit noch weiter um sich greifen und die größte Partei wird demnächst die Partei der Nichtwähler sein. △

Beratungen des Reichskabinetts.

w **Berlin,** 22. Dez. Wie wir erfahren, hielt das Reichskabinett heute vormittag und heute abend eine Ministerbesprechung ab, in der eine Reihe schwebender Fragen behandelt wurden, unter anderem wurde auch der Bericht des Sparkommissars Dr. Saemisch über die Phöbus-Angelegenheit erörtert, der allerdings nicht, wie in einem Berliner Blatt vermutet wird, schriftlich, sondern mündlich erstattet worden ist. Die Beratungen gehen heute morgen in einer Sitzung weiter, die voraussichtlich die letzte vor den Feiertagen sein wird.

Die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen.

tu **Warschau,** 22. Dez. Die deutsche Delegation für die Handelsvertragsverhandlungen unter Führung von Dr. Hermes, hat heute abend Warschau zu einer dreiwöchigen Weihnachtspause verlassen. Die Verhandlungen werden am 12. Januar in Warschau fortgesetzt werden.

In den bisherigen Besprechungen sind, nachdem der Rahmen der kommenden Verhandlungen umrissen wurde, zunächst eine Reihe von Vorfragen zur Behandlung gekommen. Eine wesentliche Rolle spielte hierbei die Möglichkeit der Valorisierung der polnischen Zollsätze. Eine Entscheidung darüber ist von polnischer Seite bisher noch nicht getroffen worden. Bezüglich der polnischen Verordnung über die Maximalzölle, deren Inkrafttreten auf den 1. Februar hinausgeschoben worden war, wird angenommen, daß der Termin im Sinne der bereits früher getroffenen Vereinbarungen weiter hinausgeschoben werden wird.

Weihnachtsbegnadigungen in Bayern.

tu **München,** 22. Dez. Anläßlich des Weihnachtsfestes hat der bayerische Ministerrat eine Anzahl Begnadigungsakte beschlossen. So wurde der seinerzeit wegen Landesverrat zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilte Freiherr von Leoprechting unter Umwandlung seiner Strafe in acht Jahre Zuchthaus, wovon er sechs Jahre verbüßt hat, in Freiheit gesetzt. Außerdem wurde der Metzger Lindner, der seinerzeit im Bayerischen Landtag die Attentate gegen den Minister Auer, den Abgeordneten Osel und den Major Jareis verübt hat, wobei dieser schwer verletzt und die beiden anderen getötet wurden und der deshalb zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, nach Verbüßung von sieben Jahren seiner Strafe unter Zubilligung einer Bewährungsfrist für den Strafrest aus dem Zuchthaus entlassen. Weiter wurde der am Geiselmorde beteiligt gewesene Zuchthausgefangene Huber, der zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, nach Verbüßung von sieben Jahren seiner Strafe auf freien Fuß gesetzt.

Thronrede des Königs von England.

Loyale Zusammenarbeit mit dem Völkerbund.

w **London,** 22. Dez. **(Tel.)** Anläßlich der Vertagung des Parlaments hielt der König eine Thronrede, in der er zunächst mit Befriedigung der Reisen des Prinzen von Wales und des Prinzen Georg nach Canada und des Herzogs und der Herzogin von York nach Australien und Neuseeland gedachte, und alsdann in herzlichen Worten die Besuche des Präsidenten der französischen Republik und des Königs von Ägypten in London erwähnte. In der Rede heißt es dann weiter: Mit tiefer Sympathie und Befriedigung haben wir das ständige Wachsen des Einflusses des Völkerbundes und den zunehmenden Anteil, den er bei der Beilegung internationaler Streitigkeiten und der Aufrechterhaltung des Friedens hat, beobachtet. Die letzte Tagung des Völkerbundsrates bedeutete einen weiteren Schritt auf diesem Wege. Die Regierung wird weiterhin ihre Politik auf einer loyalen Zusammenarbeit mit dem Völkerbund aufbauen. Daß es nicht gelungen ist, bei der Dreimächte-Konferenz in Genf zu einem Übereinkommen zu gelangen, ist bedauerlich, jedoch hat trotz dieses vorübergehenden Fehlschlages die Regierung nicht die Absicht, ihr Marinebauprogramm, das gegründet ist auf der wohlerwogenen Berücksichtigung der defensiven Bedürfnisse des weit verbreiteten Reiches zu vermehren. Nach Erwähnung der kürzlich abgeschlossenen Schuldenfundierungsabkommen mit Griechenland und Jugoslawien, wird sodann in der Rede mit Befriedigung festgestellt, daß jetzt mit allen alliierten Ländern Fundierungs-Abkommen über die Kriegsschulden abgeschlossen worden sind, mit Ausnahme Rußlands. Die Arbeitslosigkeit, so heißt es in der Ansprache weiter, zeigt in einigen Teilen des Landes willkommene Zeichen der Besserung, gibt jedoch in anderen Teilen Grund zur Beunruhigung. Zur Erleichterung der Übertragung von Arbeit von Industriezweigen mit beschränkten Beschäftigungsmöglichkeiten, insbesondere in der Kohlenindustrie, wird eine Kommission ernannt werden, die die von den zuständigen Ressorts zu ergreifenden Maßnahmen anempfehlen soll. Ein großer Fortschritt ist im Laufe des vergangenen Jahres auf dem Gebiete der Wohnungsnot erzielt worden. In England und Wales wurden seit dem Waffenstillstand mehr als eine Million Häuser neu gebaut.

Beide Häuser des Parlaments wurden sodann auf den 7. Februar vertagt.

Die Landwirtschaft an der Jahreswende.

Eine Rede des Reichsernährungsministers.

Berlin, 22. Dez. **(Tel.)** Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Schiele, hielt heute im Berliner Rundfunk einen Vortrag über „Die Landwirtschaft an der Jahreswende". Der Minister wies einleitend darauf hin, daß er in großen Zügen die Ergebnisse des Jahres 1927, die für die gegenwärtige Lage entscheidende Momente und schließlich die wichtigsten Arbeitsziele der nächsten Zukunft kennzeichnen werde. Milliarden an Kapital und Hunderte von Millionen Arbeitsstunden seien, so fuhr der Minister dann unter anderem fort, von den landwirtschaftlichen Betrieben für die nächste Ernte aufgewendet. Besage doch allein die Menge des Brotgetreide-Saatgutes, das unsere Landwirtschaft alljährlich im Herbst und Frühjahr den Äckern anvertraue annähernd 850 000 Tonen. Mengenmäßig seien die Ernteergebnisse im Sommer dieses Jahres wenigstens etwas besser wie 1926. Insgesamt sei die Brotgetreideernte um annähernd eine Million Tonnen größer als im vorigen Jahre. Auch die Kartoffelernte überschreitet die des Vorjahres um 27 Prozent. Aber dieser mengenmäßige Gewinn gehe zum großen Teil dadurch verloren, daß qualitativ die Ernte fast aller Früchte durch die schweren Unwetterschäden erheblich gelitten habe. Immerhin rechtfertige der Ausfall der Ernte die Feststellung, daß zu einer Besorgnis hinsichtlich der Versorgungslage der städtischen Bevölkerung kein Anlaß vorliege.

Auf dem Gebiete der Viehhaltung lägen die Verhältnisse wesentlich trüber. Die Viehpreise seien in den letzten Monaten ständig zurückgegangen. Die Schweinepreise insbesondere seien weit unter die tatsächlichen Erzeugungskosten gesunken. Besonders beklagenswert sei es, daß der Konsument von den gewaltigen Opfern, die die Landwirtschaft infolge der niedrigen Viehpreise fortdauernd bringe, wenig verspüre. Es bedeute eine Großtat der Landwirtschaft, trotz der Rückschläge der vergangenen Jahre den Viehstand wieder auf ein der Vorkriegszeit angenähertes Maß gebracht zu haben.

Gerade die neuere Entwicklung unserer Handelsbilanz beweise aufs deutlichste, daß wir noch weit entfernt seien von gesunden und ausgeglichenen Marktverhältnissen. Nur eine auf die Förderung der heimischen Produktion gerichtete Wirtschaftspolitik könne die Gefahren beschwören, die uns für unsere Finanzen und für unsere Währung aus der andauernden Passivität drohten. Gefährde man die Roggen- und die Kartoffelproduktion und die auf ihr beruhende Schweinezucht oder gebe man sie sogar preis, so zerstöre man jede aufbauende Arbeit im Osten. Die schwerstenGefahren zögen über unser nationalpolitisch bedrohtes Ostpreußen herauf, dessen wirtschaftliche Lage schon heute einer Katastrophe zutreibe. Der Minister wies in diesem Zusammenhang auf den gestrigen Ministerrat hin und stellte dann weiter fest, daß das entscheidende Merkmal für die gegenwärtige Situation unserer Landwirtschaft die Tatsache sei, daß eine erschreckende große Anzahl der Betriebe mit Defizit arbeite. Die fortdauernde Unrentabilität der Betriebe sei die Quelle aller wirtschaftlichen Nöte der ländlichen Bevölkerung. Die Folge dieses Notstandes seien Milliardenverluste, die die Landwirtschaft in den vergangenen Jahren erlitten habe. Die Zinsschuld stehe in einem völligen Mißverhältnis zu den heutigen Betriebergebnissen. Niemand dürfe es wagen, von einer Schuld der Landwirtschaft an den gegenwärtigen Verhältnissen zu sprechen

Die großen Arbeitsziele der nächsten Zukunft erblicke er in unablässiger technischer Vervollkommnung und Rationalisierung der Betriebe und des Absatzes, sowie in der Standardisierung und einer Qualitätssteigerung der Produkte. Durch Reichshaushaltsgesetz werde auf fünf Jahre ein Betrag von jährlich sechs Millionen bereitgestellt werden, um den Zinsendienst von etwa 150—200 Millionen Mark landwirtschaftliches Meliorationskapital auf tragbare Sätze zu verbilligen. Die hierdurch ermöglichten landeskulturellen Maßnahmen gehörten zu den dringendsten Rationalisierungsaufgaben. Sie seien vielfach die unerläßliche Vorbereitung für die Besiedelung und würden neue bodenständige Arbeiten schaffen. Die Landwirtschaft kenne keine Arbeitslosigkeit, sondern leide geradezu unter Arbeiternot und sei fast noch unbegrenzt aufnahmefähig für neue Arbeitskräfte, sobald sie leistungsfähig und entwicklungsfähig werde.

Lage und Wünsche der deutschen Städte an der Wende des Jahres.

Das Organ des Deutschen Städtetages „Der Städtetag", enthält in seiner neuesten Nummer einen Aufsatz des Essener Oberbürgermeisters Brachts über Lage und Wünsche der deutschen Städte an der Wende des Jahres. Er führte u. a. aus:

Im ablaufenden Jahre standen die Auseinandersetzungen über die Finanzfragen im Mittelpunkt der kommunalpolitischen Wirtschaft. Unser Volk sei leider noch nicht zu den alten soliden wirtschaftlichen Gepflogenheiten aus der Zeit vor der Inflation zurückgekehrt. Das gelte für den einzelnen sowohl wie auch für die öffentlichen Körperschaften. Trotz Senkung oder Aufhebung von Steuern seien die Ausgaben stetig gesteigert worden. Das war möglich durch den Konjunkturaufschwung, der die Einnahmen der öffentlichen Körperschaften ständig gesteigert habe. Ein starkes Abflauen der Konjunktur jedoch kann gefährliche Folgen haben. Es bedarf daher rechtzeitiger Umkehr. Diese Einsicht setzte äußerlich erkennbar nach dem Memorandum Gilbert ein. Das Kernstück der Bochumer Rede Schachts sei die Feststellung, daß die öffentliche Hand in ihrer Gesamtheit der deutschen Wirtschaft zu viel entnimmt.

Die ersten Ansätze zur Umkehr seien noch unzureichend, jedoch werde unter dem Druck von innen und außen die Verwaltungsreform kommen und sie müsse enden in einem neuen, stark vereinheitlichten Aufbau des neuen Staates und einer Vereinfachung und Verbilligung seines heute außerordentlich verwickelten und teuer arbeitenden Verwaltungs-Apparates. Je einfacher, je gründlicher sie erfolge, um so besser für unser Volk. Hauptaufgabe der deutschen Städte im nächsten Jahre — sie sei groß und unendlich schwer — sei es hierbei, alle ihre Kräfte zusammenzufassen und alle Anstrengungen zu machen, um der deutschen Selbstverwaltung bei der Reform der Verfassung und Verwaltung zu ihrem Rechte zu verhelfen. Entscheidend werde für die Stellung der deutschen Selbstverwaltung bei der künftigen Neugestaltung des Reiches der Nachweis sein, daß die deutschen Gemeinden in ihrer Gesamtheit trotz aller Seitensprünge einzelner immer noch am billigsten arbeiten. Die bisherigen statistischen Untersuchungen gäben bereits Beweise dafür.

Bei der bisherigen Verteilung der Ausgaben und des Steueraufkommens zwischen Reich, Ländern und Gemeinden hätten letztere infolge politischer Schwäche der Selbstverwaltung den kürzeren gezogen. Das Reich müsse sich in Zukunft entschließen, auch die Verantwortung für die Gemeindefinanzen im stärkeren Maße zu übernehmen. Eine unbedingte Notwendigkeit sei auch die auf der Magdeburger Tagung vorgeschlagene Errichtung einer Kommunalabteilung im Reichsministerium des Innern. Gerade dieses Ressort werde bei der Neugestaltung von Verfassung und Verwaltung maßgebend mitarbeiten müssen, denn ohne Kenntnis der Lebens- und Arbeitsbedingungen der deutschen Selbstverwaltung sei eine zur wirtschaftlichen Gesundung führende Finanz- und Wirtschaftsreform im großen wie im kleinen nicht denkbar.

Der Mecklenburg-Strelitzer Landtag aufgelöst.

tu **Neustrelitz,** 22. Dez. In der heutigen von allen 35 Abgeordneten und der Regierung besuchten öffentlichen Vollsitzung des Mecklenburg-Strelitzer Landtages verlas der Landtagspräsident, Landrat Dr. Foth, eine Erklärung, in der er die Entscheidung des Staatsgerichtshofs vom 17. Dezember bekannt gab und ferner darauf hinwies, daß der Staatsgerichtshof es dem Lande, das heißt, seinen zuständigen Organen überlassen habe, aus dem Spruch die notwendigen Folgerungen zu ziehen. Diese Folgerung könne nur sein, daß durch den Spruch des Staatsgerichtshofes dem Landtag die verfassungsmäßige Grundlage entzogen sei. Wenn auch kein Zweifel darüber bestehe, daß der Landtag, nachdem ihm die verfassungsmäßige Grundlage entzogen sei, irgend welche rechtsverbindlichen Akte nicht mehr vornehmen könne, so habe er doch zusammenberufen werden müssen, um die Folgerungen aus dem Spruch des Staatsgerichtshofes festzustellen. Durch den Spruch sei dem Landtag die Rechtsgrundlage entzogen worden. Er müsse daher daraus den Schluß ziehen, daß er durch den Spruch des Staatsgerichtshofes sich als aufgelöst zu betrachten habe. Die Arbeit des Landtages sei damit beendet. Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

Die Senkung der Lohnsteuer ab 1. Januar 1928.

Durch das vom Reichstag verabschiedete Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes wird bekanntlich die Lohnsteuer mit Wirkung vom 1. Januar 1928 ab weiter gesenkt und zwar 1. durch Ermäßigung der einzubehaltenden Steuer vom 15 v. H., höchstens um 2 Reichsmark monatlich; 2. durch Erhöhung der Kleinbetragsgrenze auf eine Reichsmark monatlich. An der bisherigen Berechnung der Steuer ist nichts geändert worden. Die Steuer ist in der gleichen Weise wie bisher zu errechnen und abzurunden. Der so ermittelte Steuerbetrag ermäßigt sich aber vom 1. Januar 1928 ab um 15 v. H., jedoch höchstens a) um zwei Reichsmark monatlich bei Zahlung des Arbeitslohnes für volle Monate, b) um 0,50 RM wöchentlich bei Zahlung des Arbeitslohnes für volle Wochen, c) um 0,10 RM. täglich bei Zahlung des Arbeitslohnes für volle Arbeitstage, d) um 0,05 RM. zweistündlich bei Zahlung des Arbeitslohnes für je zwei angefangene oder volle Arbeitsstunden. Um dem Arbeitgeber nicht eine neue Arbeit dadurch aufzubürden, daß er z. den Steuerabzug in der bisherigen Weise berechnet und dann noch von dem so errechneten Steuerbetrag 15 v. H. abziehen muß, werden amtliche Tabellen und zwar getrennt für monatliche, wöchentliche, tägliche und zweistündliche Lohnzahlung herausgegeben, aus denen er für jeden Lohnbetrag und für jeden Familienstand die auf den Arbeitslohn entfallende Steuer ohne irgendwelche nähere Berechnung ablesen kann. Die bezeichnete Ermäßigung gilt ganz allgemein ohne Rücksicht darauf, ob die Steuer nach den geltenden Vorschriften im einzelnen Falle nach dem System der festen Bezüge, nach dem prozentualen System oder in Pauschbeträgen zu berechnen ist. Jedoch bestehen hier zwei Ausnahmen: a) bei einmaligen Einnahmen, die neben laufenden Bezügen gewährt werden (z. B. Tantiemen, Gratifikationen und dergleichen, § 73 des Steuergesetzes.) tritt eine Ermäßigung bei den einmaligen Einnahmen nicht ein. Die Ermäßigung beschränkt sich auf die laufenden Bezüge. Die einmaligen Einnahmen werden also ganz wie bisher besteuert, b) wird der Arbeitslohn nicht nach Zeitabschnitten gezahlt und sind daher in jedem Falle zwei v. H. oder — bei Heimarbeitern — eins v. H. vom vollen Arbeitslohn als Steuer einzubehalten (§ 74 des Steuergesetzes), so ermäßigt sich die Steuer stets um 15 v. H. ohne Rücksicht auf den Betrag der Ermäßigung im einzelnen Falle. Der auf den Arbeitslohn entfallende Steuerbetrag wird nicht erhoben, wenn er 1. bei Zahlung des Arbeitslohnes für volle Monate eine Reichsmark monatlich, 2. bei Zahlung des Arbeitslohnes für volle Wochen 0,25 Reichsmark wöchentlich nicht übersteigt. Die Kleinbeträge sind also gegenüber der bisherigen Regelung um ein Viertel erhöht worden.

Einweihung des „Deutschen Heims" in Madrid.

(Von unserem Korrespondenten.)

vg **Madrid,** im Dezember.

Vor kurzem fand hier die feierliche Einweihung des „Deutschen Heims in Madrid" statt. Durch die Schaffung dieses Heims, die auf Grund hochherziger privater Spenden ermöglicht wurde, ist ein lang gehegter Wunsch der hiesigen katholischen Kreise in Erfüllung gegangen. Es ist ähnlich wie in Rom, eine Basis für das kulturelle Leben der deutschen Katholiken entstanden, deren Bedeutung nicht unterschätzt werden darf. Gerade hier in Spanien, das durch so unendlich viele Fäden mit den Zentren des deutschen Katholizismus verbunden ist, war die Errichtung dieser Stätte doppelt nötig. Bildet doch gerade die kompakte Masse der spanischen Katholiken den besten Rückhalt für die Fortdauer und den weiteren Ausbau der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern, eine Tatsache, der sich verschiedene Gruppen in Deutschland, sehr zu unserem Nachteil, immer noch verschließen.

Das „Deutsche Heim" befindet sich im bestgelegenen Teile der Stadt, im Palais der Herzogin von Osuna. Ueber vierzig geräumige Zimmer, eigene Hauskapelle, Gemeindesaal mit Bühne stehen dort zur Verfügung und es ist nicht nur Unterkunftsmöglichkeit für die alleinstehenden katholischen deutschen Frauen und Mädchen gegeben, sondern außerdem noch eine Reihe von Räumen für die Mitglieder der Görresgesellschaft reserviert. Damit ist nun auch für diejenigen deutschen Gelehrten, die im Auftrag der Görresgesellschaft in Spanien ihren Studien nachgehen, ein Heim geschaffen, das ihnen als Basis für ihren Spanienaufenthalt dienen wird. Das Ganze steht unter der Oberaufsicht des deutschen Pfarrers Birkenfeld und wird von vier Schwestern aus dem Rheinland geleitet.

Die feierliche Eröffnung fand unter Beisein des Deutschen Botschafters, Grafen Welczek, der sich um die Verwirklichung der Idee ganz besonders verdient gemacht hat, des Referenten der Botschaft, Legationssekretär Dr. Hueffer mit Frau und einiger anderer bekannter Persönlichkeiten statt, unter denen der Prälat Geheimrat Dr. Grabmann, der bekannte Münchner Philosoph und Herausgeber der „Beitrage zur Geschichte der Philosophie des Mittelalters" und der erfolgreiche Theaterhistoriker Pater Expeditus Schmitt besonders auffielen. Die Andacht und Ansprache wurde von dem Jesuitenpater Bechler gehalten.

Zum Schluß sei darauf hingewiesen, daß in diesem Jahre ein erfreulicher Aufschwung in dem Bestreben, die wechselseitigen Beziehungen auf kulturellem und wissenschaftlichem Gebiete zu fördern, zu verzeichnen ist. Besonderer Dank gebührt dafür nicht nur der Botschaft, sondern auch der umsichtigen Arbeit der „Arbeitsstelle für Deutsch-Spanische Wissenschaftsbeziehungen", die vor kurzem wieder mit ihrem Vortragszyklus begonnen hat, wobei die Vorträge des Geheimrats Grabmann und des Paters Expeditus Schmitt besonderes Interesse gefunden haben.

Der Heilige Stuhl und die Tschechoslowakei.

Rom 21. Dez. Von wohlunterrichteter nichtvatikanischer politischer Seite erfährt der Korrespondent der „K. V.", daß der zwischen dem früheren Gesandten Krofta als tschechischem Bevollmächtigten und Prälat Borgongini Duca für den Heiligen Stuhl abgeschlossene Modus vivendi unter anderem folgende Punkte behandelt: Ernennung der Bischöfe nach den Grundsätzen des kanonischen Rechtes und neuerer Konkordate, Übereinstimmung der Bistumsgrenzen mit den Landesgrenzen als Rahmen für spätere eventuelle Neuordnung der Diözesen. Bezüglich der Hussfeier konnten mündliche Versicherungen über die künftige Vermeidung von Provokationen oder Verletzungen der religiösen Gefühle der Katholiken nach den diesjährigen besseren Erfahrungen vom Vatikan als genügend angesehen werden. Über die Schulfrage soll der Modus vivendi nichts vorsehen, weil hierüber zunächst unter den politischen Parteien der Tschechoslowakei verhandelt werden muß.



Die erste Parlamentspräsidentin der Welt.

Der Bundesrat Österreichs hat gemäß der Verfassung der österreichischen Regierung eine Frau zur Vorsitzenden, und zwar die Bundesrätin und Schriftstellerin Olga Rudel-Zeynek, die christlichsoziale Vertreterin des Landes Steiermark, gewählt. Es ist das erste Mal, nicht nur in Europa, sondern in der ganzen Welt, daß eine Frau Präsidentin einer parlamentarisch-politischen Körperschaft wurde.

Italien stabilisiert.

Internationaler Kredit für Italien.

+ **Rom**, 22. Dez. Nach Erklärungen des italienischen Finanzministers Volpi haben die Federal-Reserve-Bank und die Bank von England der Banca d'Italia einen Kredit in Höhe von 75 Millionen Dollar und ferner 12 amerikanische und 15 andere Banken einen solchen in Höhe von 50 Millionen Dollar eingeräumt. Die statistische Finanzreform ist nach den Worten Volpis nunmehr gegen jeden spekulativen Angriff geschützt.

Amerika und die Stabilisierung der Lira.

w **Newyork**, 22. Dez. **(Tel.)** J. P. Morgan & Co. geben die Gewährung eines Kredites in Höhe von 25 Millionen Dollar an die „Banca d'italia bekannt. Dieser wurden die Meldungen über ähnliche Kredite, die seitens verschiedener Londoner Banken bewilligt worden, bestätigt. Die Federal Reserve Banken haben sich bereit erklärt, von der Banca d'italia bis zum Betrage von 30 Millionen Dollar prima Handelswechsel zu übernehmen. Schatzsekretär Mellon und die Mitglieder des Federal Reserveboard gaben ihrer Meinung Ausdruck, daß die Rückkehr Italiens zum Goldstandard angesichts der engen Verbundenheit zwischen Lira und Franc wahrscheinlich der Vorläufer einer ähnlichen Maßnahme Frankreichs sei.

Deutsches Reich.

Beileid Dr. Marx' zum Tode Molkenbuhrs.

tu **Berlin**, 22. Dez. Der Reichskanzler hat zugleich im Namen der Reichsregierung zum Tode des ehemaligen Reichstagsabgeordneten Hermann Molkenbuhr, der Gattin sowie dem Vorstande der sozialdemokratischen Partei Deutschlands seine aufrichtigste Anteilnahme zum Ausdruck gebracht.

Arbeiterrat der Großberliner Zentrumspartei.

w **Berlin**, 22. Dez. **(Tel.)** Im Anschluß an ein Referat Stegerwalds im erweiterten Arbeiterrat der Großberliner Zentrumspartei wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt: „Der Arbeiterrat der Großberliner Zentrumspartei billigt uneingeschränkt die Haltung des Arbeiterflügels der Reichstagsfraktion in der Frage der Beamtenbesoldungsreform. Er dankt insbesondere dem zweiten Vorsitzenden der Partei, Stegerwald, für die Aufdeckung der mit der Beamten-Besoldungsreform verbundenen Fragen innen- und außenpolitischer Art. Die Zentrumsarbeiterschaft steht geschlossen hinter Stegerwald und den Arbeiterabgeordneten der Zentrumspartei. Wir sind nicht gegen eine angemessene Besoldung der Beamten. Die Besoldung muß aber im Tempo und Ausmaß mit den einzelnen der vergleichbaren Arbeitergruppen Schritt halten, wenn das Streben nach dem sozialen Volksstaat Sinn haben soll."

Die Delegiertenkonferenz des deutschen Metallarbeiterverbandes zu den Schiedssprüchen in der Schwerindustrie.

w **Essen**, 22. Dez. **(Tel.)** Die Delegation des deutschen Metallarbeiterverbandes und der übrigen in dem Gebiet der nordwestlichen Gruppe am Tarifvertrag beteiligten freien Gewerkschaften faßten in einer Aussprache über die durch die Verbindlichkeitserklärung der Schiedssprüche in der Schwereisenindustrie geschaffene Lage mit 70 gegen 13 Stimmen eine Entschließung, in der betont wird, das durch die Verbindlichkeitserklärung ein Vertragsverhältnis geschaffen sei, daß sowohl in seinem Inhalt als auch der Laufdauer der Verträge die Arbeiter der Eisen- und Stahlindustrie mit der größten Erbitterung erfüllen müsse. Nicht nur sei der größte Teil der notwendigsten und der Not entsprechenden Forderungen der Arbeiter unerfüllt geblieben, sondern auch die Verordnung von 16. 7. 1927 über die Regelung der Arbeitszeit der Stahl- und Walzwerkarbeiter, die nach einem einstimmigen Gutachten des Reichswirtschaftsrates zustande kam, sei stark verstümmelt worden. Unter Bezugnahme auf den Beschluß der Arbeitgeber über die Stillegungsanzeige wird dann die Einstellung der Schwerindustrie gegenüber den berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft scharf kritisiert. In Erkenntnis der Tatsachen, so schließt die Resolution, verpflichten sich alle Konferenzteilnehmer, bis in den kleinsten Winkel für weitestgehende Aufklärung zu sorgen und, um den berechtigten Forderungen in der Zukunft den größten Nachdruck zu verschaffen, für die weitestgehende Stärkung der Gewerkschaften einzutreten. Die Konferenz hält es für selbstverständlich, daß, um Schädigungen einzelner Mitglieder und der Gesamtorganisation zu vermeiden, nur den Anordnungen der freien Gewerkschaften Folge zu leisten ist.

Der braunschweigische Weserkreis will zu Hannover.

tu **Hannover**, 22. Dez. Der heutige außerordentliche Kreistag des Kreises Holzminden hat heute einstimmig einen Beschluß gefaßt, in dem es heißt, der braunschweigische Weserkreis Holzminden gehöre für den Fall einer Neuaufteilung des Deutschen Reiches zu dem Teil, zu dem die jetzige Provinz Hannover komme, da er damit geographisch, wirtschaftlich, volksstammig und geschichtlich von jeher verwachsen sei.

Die Regierungsbildung in Hessen.

tu **Darmstadt**, 22. Dez. Anfang dieser Woche hat eine Fühlungnahme zwischen Sozialdemokraten und Zentrum über die Regierungsbildung in Hessen stattgefunden, die nunmehr durch eine Pause unterbrochen ist, da das Zentrum zunächst eine Sitzung des Landesausschusses abhalten will. Am 28. Dezember wird dann die sozialdemokratische Fraktion zu dem Beschluß des Zentrums Stellung nehmen. Ob bis dahin die Frage der Regierungsbildung geklärt ist, erscheint jedoch weiter höchst fraglich, zumal der Beschluß des Staatsgerichtshofes über die Gültigkeit der hessischen Landtagswahlen abgewartet werden muß. Der Staatsgerichtshof wird diese Frage frühestens in den ersten Tagen des nächsten Jahres erledigen.

Aus aller Welt.

Die russische Opposition will sich nicht ausschließen lassen.

+ **Kowno**, 22. Dez. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat die Moskauer Parteiorganisation von den ausgeschlossenen Mitgliedern der Opposition die Rückgabe aller Mitgliederkarten und Parteidokumente verlangt. Diese verweigerten jedoch die Ablieferung der Papiere, da sie sich nach wie vor als Mitglieder der Partei betrachten. Die Ablieferung soll nun mit Hilfe der Miliz und der Staatsanwaltschaft erzwungen werden. Die Mitgliederkarten werden in der Presse für ungültig erklärt. Die Öffentlichkeit erwartet mit Spannung die Antwort der Opposition.

Zur Entscheidung über den Neubau des Völkerbundspalais.

tu **Budapest**, 22. Dez. Der ungarische Architekt Joseph Vago Rom, der aufgefordert wurde, seinen Plan für das Genfer Völkerbundspalais den preisgekrönten Schweizer Architekten Nenot und Flegenheimer zur Verfügung zu stellen, hat diese Aufforderung abgelehnt.

Das Heereskontingent-Gesetz von der belgischen Kammer angenommen.

tu **Brüssel**, 22. Dez. Die Kammer hat heute den Gesetzentwurf über das Heereskontingent mit 91 gegen 80 Stimmen der Sozialisten, Kommunisten und flämischen Nationalisten angenommen.

Das englische Bergbauministerium bleibt bestehen.

tu **London**, 21. Dez. Ministerpräsident Baldwin gab heute nachmittag bekannt, daß die vorgesehene Abschaffung des Transportministeriums, des Bergbauministeriums und der Abteilung für Überseehandel nicht ohne gesetzgeberische Maßnahmen erfolgen könnte. Die Regierung beabsichtige nicht, im Augenblick einen solchen Vorschlag einzubringen. Auf die Frage, ob diese Erklärung bedeute, daß die in Frage stehenden Regierungsabteilungen ihre Geschäfte wie bisher fortführen sollten, antwortete Baldwin bejahend. Die Abschaffung der drei Ministerien war in der Budgetrede Churchills im vergangenen Herbst angekündigt worden; sie ist auf Druck der Opposition aufgegeben worden.

Der Verfassungsstreit in Oklahoma.

w **Oklahoma**, 21. Dez. Durch einen Spruch des Distriktsgerichtes wurde den Mitgliedern der Volksvertretung die Abhaltung einer Sondersitzung und die Fortführung des Anklageverfahrens gegen den Gouverneur untersagt, da die selbst einberufene Sitzung geschäftswidrig sei.

Kurze Nachrichten.

Schulkreuzer „Berlin" ist in Genua eingelaufen. Am 2. Januar wird das Schiff nach Port Said in See gehen.

Max und Moritz in der japanischen Politik.

(Von unserem Korrespondenten.)

s **Tokio**, Anfang Dezember 1927.

Japan lebt zwischen Wahlschlachten. Eben sind die Provinzwahlen vorüber, die der Oppositionspartei, der Minseito, früher Kensaikei genannt, einen beträchtlichen Erfolg gebracht haben. Die Opposition wie die Regierung, die Seyukei-Partei, rüsten zu der Hauptschlacht, den Parlamentswahlen im Beginn des nächsten Jahres. Parteikämpfe sind in Japan mit einer für europäische Begriffe erschreckenden Nacktheit Interessenkämpfe, und die beiden großen Parteien erzählen bei der Wahlagitation sich gegenseitig ihre Vergangenheit, die recht interessant ist, aber wenig mit Politik zu tun hat. Diese japanische Parteigeschichte ist eigentlich die Geschichte der beiden größten japanischen Industrie-Konzerne, der Mitsui und Mitsubishi, die wirklich Max und Moritz in der japanischen Politik geworden sind. Die Konzerne sind dabei groß geworden und die Parteien auch. Warum sollte man also in Europa so penible sein, nicht auch von diesen Zusammenhängen zu reden, die heute in Japan das Hauptgesprächsthema bilden.

Der älteste der japanischen Konzerne ist der Mitsui-Konzern, infolgedessen ist die älteste japanische Partei die Seyukei-Partei. Die Mitsui waren schon seit Generationen eine der führenden Familien der japanischen Hochfinanz, aber ihre eigentliche Bedeutung, die ihnen heute ihr großes Gewicht in der japanischen Wirtschaft gibt, haben sie erst vor 50 Jahren begründet. Japan machte damals eine Inflationszeit durch. Die Staatsbanknoten, die stark entwertet waren, sollten zuerst von den wenigen bestehenden Banken eingezogen und durch private Banknoten ersetzt werden, wofür das alte Geld späterhin der Regierung abzuliefern war. Die Mitsui-Bank, die zu den privilegierten Finanzinstituten gehörte, war bereits damals durch besondere Kanäle mit der Regierung verbunden. Sie war über den Ablieferungstermin rechtzeitig informiert worden und hatte sich rechtzeitig eingedeckt, während die übrigen Banken noch für Yen flau waren. Als das Clearing kam, blieben die übrigen Banken auf der Strecke; die Mitsui waren die einzigen Überlebenden und erhielten zum Dank für ihre Tüchtigkeit zunächst das Monopol der Noten-Emission. Das war der Beginn für den Aufstieg dieses Konzerns, der sich sehr schnell ausdehnte, bis er 1890 seine erste Expansionskrise erlebte. Im Rahmen der Umstellung Japans auf moderne staatliche Verhältnisse mußte sich der Staat das Recht der Noten-Emission zurücknehmen, was bereits an sich für die Mitsui eine unerträgliche Anspannung ihrer Liquidität bedeutet hätte. Zum Überfluß durchlebte Japan damals noch eine außerordentliche Baisse der Konjunktur, und der Mitsui-Konzern geriet in Zahlungsschwierigkeiten. Da es sich um Abwicklung eines übertragenen staatlichen Hoheitsrechtes handelte, nahm die Regierung aktiven Anteil an der Sanierung, und delegierte einen bekannten Parteimann und Bankfachverständigen, Herrn Sakamigawa, als Regierungskommissar in den Mitsui-Konzern. Sakamigawa faßte seine Aufgabe ernster auf, als den Politikern, die ihn empfohlen hatten, lieb war. Er war nicht wenig entsetzt über die Höhe der Summen, die von dem Konzern laufend an politische Beamte gezahlt und in den Geschäftsbüchern unbefangen als „Bestechung für Politiker" aufgeführt waren. Sakamigawa, der sich gar nicht bewußt wurde, wie schlecht er damit seinen Gönnern in der Politik diente, die ihm den Job verschafft hatten, fand es am nötigsten, vor allem die Beziehungen des Konzerns zu den politischen Kreisen abzubrechen und alsbald darauf Fürst Ito die Mitsui-Bank um eine Anleihe anging, schlug Sakamigawa sie ihm rundweg ab. Die Politiker, die sich von ihrem eigenen Hund gebissen fühlten, begannen nun gegen Sakamigawa in intrigieren, aber es gelang ihnen nicht so bald, seine Absetzung zu erzwingen, bis sein Amt mit der Erholung des Konzerns sich von selbst überflüssig machte. Von diesem Augenblicke an waren die Beziehungen mit den Politikern der alten Gruppe, die sich inzwischen in der Seyuke-Partei fester zusammengeschlossen hatten, wieder ungestörte.

Die Mitsubishi haben bei Gründung des Konzerns auf ihr Panier und später in ihre Geschäftsberichte geschrieben: Keine Beziehungen zur Politik. Und waren doch mit ihr verheiratet, und zwar buchstäblich. Graf Kato, der Schwiegersohn des Begründers der Mitsubishi, Iwasaki, war um 1900 japanischer Botschafter in London und später Außenminister in dem von der Seyukei gebildeten Kabinett, und das war das erste Mal, daß eine Seyukei-Regierung einen richtigen Mitsubishimann im Kabinett hatte, der dann bald noch einen Mitsubishi-Kollegen, in Gestalt des Verkehrsministers, bekam. Daraus ergaben sich naturgemäß bald Konflikte. Als die Seyukei einen ihrer Hauptprogrammpunkte, die Nationalisierung der Eisenbahnen, durchzuführen begann, schied der Außenminister und Mitsubishi-Schwiegersohn, aus dem Kabinett aus. Aus begreiflichen Gründen, wie man gleich sehen wird. Die Mitsubishi waren die Hauptaktionäre der vier größten japanischen Eisenbahn-Gesellschaften, und die Nationalisierung der Eisenbahnen gefährdete ihre vitalsten Interessen. Aber sie waren noch nicht ganz verloren. Die Nationalisierung kam zwar, doch der Verkehrsminister war nicht umsonst ein Mitsubishimann, der seine Karriere als Beamter bei den Mitsubishi gehörenden Eisenbahn-Gesellschaften begonnen hatte. Er konnte die Nationalisierung nicht verhindern, aber er konnte für den Ankauf der Eisenbahnen durch die Regierung einen Preis festsetzen, der ihren Wert nicht unterschätze.

Warum die Mitsui für die Nationalisierung der Eisenbahnen eintraten? Es ging sie eigentlich nichts an, sollte man meinen. Die Mitsui haben ihre Kohlengruben in Kyushu, und die einzige Eisenbahnlinie, auf der sie die Kohle transportieren können, gehörte damals den Mitsubishi. Von dieser Kontrolle wollten sich die Mitsui befreien, und sie unterstützten damit die Seyukei mit Geldmitteln und machten sie endgültig zu ihrem Sprachrohr und ihrem Kampfinstrument.

Die Mitsubishi sahen nun ein, daß es nicht genügt, mit einem Verkehrsminister befreundet zu sein, sondern daß man eine Partei haben muß, und sie betrauten zwei Politiker, Sengoku und Kataoka, mit der Gründung einer Oppositionspartei. So entstand 1908 der Boshin Club, der zwar keine soziale Klasse, aber dafür das viele Geld der Mitsubishi hinter sich hatte. Aus diesem politischen Club entwickelte sich unter zahlreichen Namens- und nicht minder zahlreichen Programmänderungen, gestützt durch die Aufdeckung zahlreicher Skandale der herrschenden Seyukei Partei, unter denen der berühmte Marineskandal internationales Aufsehen erregte, schließlich eine von den Mitsubishi abhängige ebenbürtige Konkurrenzpartei: Die Kensaikei. Klar ist an den Parteiunterschieden zwischen diesen beiden großen eigentlich nur ihr Wirtschaftsprogramm. Die Kensaikei vertreten, wie die Mitsubishi, die Interessen der verarbeitenden Industrie, während die Seyukei, deren Gefolgschaft der alte japanische Grundbesitz ist, das Wirtschaftsprogramm der sogenannten Urproduktion verfechten.

Es ist kein Zweifel, daß die Kensaikei im Aufsteigen ist. Der außerordentliche Aufschwung, den die verarbeitende Industrie seit dem russisch-japanischen Kriege in dem Inselreich des Ostens genommen hat, mußte folgerichtig ihre Bedeutung erhöhen. Von 1925 bis Mitte 1927 hat ein Kensaikei-Ministerium Japan beherrscht. Es hat abgewirtschaftet, weil es in der Beherrschung des politischen Parketts den gewandten Seyukeileuten unterlegen war. Ob es wieder zur Macht kommt, darüber werden erst die Wahlen des nächsten Jahres entscheiden.

Je mehr sich die wirtschaftlichen Verhältnisse in Japan zuspitzen, desto mehr kommt in diese gegensätzlichen Wirtschaftsinteressen der Mitsui und Mitsubishi der Zug eines politischen Programms, zwar nicht eines innenpolitischen Programms in europäischem Sinne, aber doch eines Programms der Methode der Politik in derjenigen Frage, die nun einmal aus geographischen Gründen für Japan die Schicksalsfrage ist: Die Stellung gegenüber China. Die Mitsubishi, die Vertreter der verarbeitenden Industrie, die größten Baumwollspinner Japans, wollen an China verkaufen. Sie wollen daher schonende Behandlung dieses empfindlichen Nachbarn, gute Beziehungen vor allem im Yangsetal, wo das Hauptabsatzgebiet und zugleich die eigenen Fabrikationsinteressen der Mitsubishi liegen. Die Mitsui dagegen, die Kohlen- und Eisenindustriellen Japans, sind auf die Rohstoffe der Mandschurei angewiesen und ihre Interessen fordern, daß die japanische Regierung unter allen Umständen die feste Hand auf diesem bereits halb annektierten zukunftsreichen Lande hält. Ob das Boykotts oder Absatzstockungen zur Folge hat, ist für die Mitsui ziemlich gleichgültig. Aus diesen verschiedenen Interessen der Konzerne erklärt sich die Frontänderung der japanischen Politik gegenüber China, die eigentlich gar keine Änderung der Politik ist, sondern nur eine Änderung des Gesichtswinkels, unter dem das chinesische Problem betrachtet wird.

Für Japan werden die nächsten Jahrzehnte keinen wirtschaftlichen Aufstieg bringen. Seine Großmachtstellung, in der es nach dem Weltkriege in der Völkerfamilie erschien, wird es in der alten Form nicht behaupten können. Die weitschauenden japanischen Politiker wissen, daß es Arbeitslosigkeit und Not und Wirtschaftskämpfe in der nächsten Zeit unvermeidlich und überreichlich geben wird.. Darum ist der Kampf der Mitsui und Mitsubishi jetzt zugespitzter als je, denn es geht darum, ob bei dieser Zurückschraubung der Lebensverhältnisse die Urproduktion oder die verarbeitende Industrie geopfert werden soll.

Aus der Stadt Münster.

Münster, 23. Dezember.

❑ **In der Mordsache Leifkes** wird noch besonders darauf hingewiesen, daß Hut und Weste des Ermordeten im Kanal, etwa 120 Meter von der Stelle entfernt, wo die Leiche lag, aufgefunden worden sind. Es ist von besonderer Wichtigkeit, festzustellen, ob diese Teile vorher an einer anderen Stelle gelegen haben und von Kirchgängern oder anderen Leuten in den Kanal geworfen worden sind. Sollte diese Vermutung zutreffen, werden die betreffenden Personen gebeten, umgehend dem Kriminalkommissariat I Mitteilung zu machen.

⧺ **Die Friseurinnung** teilt uns mit, daß am 1. Weihnachtstage (Sonntag) die Friseurgeschäfte von 9—12 Uhr offen sein dürfen. Am 2. Weihnachtstage (Sonntags-Gewerbeschluß) ist die Arbeit untersagt.

+ **Vom Fundbüro der Stadt.** In der Zeit vom 1. 12. 1927 bis 19. 12. 1927 wurden folgende Gegenstände als gefunden angemeldet: 4 Damenhandtaschen mit Inhalt, 1 Kleid, 1 Einkaufsnetz mit Inhalt, 1 Damenschirm, 1 Paket mit Wäsche, 1 Pelzkragen, 1 Paket Spitzen, 2 Fahrräder, 1 Armbanduhr, verschiedene Geldscheine, 1 Brille 1 Fahrradlenkstange, 1 Kanarienvogel, 1 Notenständer, 1 Armbandkettchen, 3 Herrengeldtaschen mit Inhalt, 1 Herrenuhr mit Kette, 1 Herrenhandschuh, 2 Aktentaschen mit Inhalt, 1 Herrenhut, 1 Schaufel, Briefmarken, 1 Damenschuh, 1 Sturmlaterne, 1 Fahrradlenkstange für ein Kinderrad. Die Eigentümer der verlorenen Gegenstände wollen sich im Fundbüro, Zimmer 224, melden.

⧺ **Eine unliebsame Unterbrechung** erfuhr gestern abend der Autobusverkehr der Linie Münster—Ostbevern dadurch, daß an dem großen Autobus auf der Rückfahrt beim Einbiegen von der Warendorfer- in die Friedrichstraße das rechte Vorderrad einen Nabenbruch erlitt, so daß der Wagen betriebsunfähig war. Glücklicherweise legte er sich in etwa 1 Meter Entfernung von dem Gleise der Straßenbahn auf die Seite, so daß deren Verkehr keine Störung hatte.

⚷ **Kleine Nachrichten.** Am Dienstagvormittag wurde auf der Clemensstraße ein Fahrrad (Marke Teutoburg Nr. 195 201), das für kurze Zeit vor einem Geschäft abgeschlossen aufgestellt war, gestohlen. — Auf der Hammer Straße wurde am Mittwochabend ein gelber Rodelschlitten gestohlen.

❑ **Weihnachtsfeier des Paulinischen Gymnasiums.**

Der große, weihnachtlich geschmückte Festsaal des Gesellenhauses sah am Dienstagnachmittag eine große Zahl froh und erwartungsvoll gestimmter junger und erwachsener Zuhörer und Gäste, darunter den hochw. Herrn Bischof Dr. Johannes Poggenburg und den Präsidenten des P. S. K. Dr. Peters. „Unser lieben Frauen Rosengarten", ein Krippenspiel von Josef Feiten, ging über die Bühne, dargestellt von Schülern des Paulinischen Gymnasiums, die unter der bewährten Leitung Dr. Alons Dieckmanns mit ganzer Seele und innerem Impuls die Messiasvorbilder des Alten Bundes und dann die eigentliche Weihnachtsgeschichte zum Erleben brachten. Junge Damen und Kinder aus dem Kreise des Lehrkörpers hatten sich bereitwilligst zur Verkörperung der weiblichen Rollen zur Verfügung gestellt und zeigten im Verein mit den Schülern des Gymnasiums manch erfreuliche schauspielerische Leistung. Hübsch inszenierte Kinder- und Engelsreigen, ein poesievolles, von weichen Flötenklängen begleitetes Hirtenspiel und der von der Musik rhythmisch gesteigerte Einzug der hl. drei Könige erfreuten sich besonderer Anziehungskraft, wobei empfindsame Gemüter einer gewissen Rührung sich nicht erwehren konnten. Dr. Bernhard Koch hatte die einzelnen Bilder unter Verwendung alter und neuer Weihnachtsweisen in einen hübschen Rahmen gekleidet und ließ den Schülerchor, das Streichorchester und Mitglieder des Blasorchesters den jeweiligen Stimmungsgehalt wirksam untermalen und plastisch in die Erscheinung treten. Alte traute Advents- und Weihnachtslieder kamen in den Herzen zum Schwingen, und das gemeinsame Schlußlied von der fröhlichen, seligen Weihnachtszeit krönte das Spiel und leitete verheißungsvoll zu dem nahen Feste aller Feste über. Das Stück selber hätte den eigentlichen Weihnachtsgedanken noch stärker betonen und die Idee von der Erlösung der sündhaften Welt durch das Kind von Bethlehem deutlicher verfolgen können, wodurch auch die musikalischen Einlagen ein einheitliches Gepräge bekommen hätten. Gleichwohl verfehlte das Spiel in der sorgfältig vorbereiteten und durchgeführten Form seine eindringliche Wirkung nicht und ließ warme Weihnachtsstimmung bei den zahlreichen, mit innerer Anteilnahme folgenden Zuhörern lebendig werden.

⚷ **Weihnachten bei den erblindeten Kriegern.**

Der Bund erblindeter Krieger, Untergruppe Münsterland, feierte am Sonntag im Saale des „Nordstern" sein diesjähriges Weihnachtsfest. Der Vorsitzende konnte u. a. den Leiter des Landesfürsorgeamtes, Landesrat Schulte-Himmelpforten, sowie Vertreter des Hauptversorgungsamtes und Versorgungsamtes begrüßen. Wie in den letzten Jahren, so hatte auch jetzt wieder das Christkind die erblindeten Krieger sowie deren Angehörige bedacht. Einige Stunden froher Unterhaltung in Kameraden- und Bekanntenkreisen ließen die Alltagssorgen vergessen. Reichlich beschenkt konnten alle den Heimweg antreten. Eine Überraschung bot der Abend dadurch, daß die Herren Auerbach und Siemsen vom Theater der Stadt Münster mit ihren gesanglichen Darbietungen und heiteren Vorträgen zur Verschönerung der Feier beitrugen. Abwechselnd wurden gemeinschaftliche Lieder gesungen, Gedichte vorgetragen und Theaterstücke aufgeführt, letztere durch die Jugendabteilung des Marinevereins. Die Musik wurde ausgeführt von ehemaligen Militärmusikern. Alles in allem kann der Bund erblindeter Krieger stolz sein auf seine Weihnachtsfeier. Alle Teinehmer waren sichtlich erfreut über die Veranstaltung. Allen, die zur Verschönerung des Festes beigetragen haben, insbesondere der Kaufmannschaft und den Künstlern, spricht der Bund auch an dieser Stelle herzlichsten Dank aus.

Ein Piroflug über Münster

ist eine sinnige Weihnachtsgabe. Flugscheine zum Preise von 8 Mk. zur beliebigen Benutzung ab 6. Januar im Verkehrsverein Prinzipalmarkt.

Aus der Provinz Westfalen.

△ **Gimbte**, 21. Dez. (Theater.) Der Kirchenchor „Cäcilia" tritt in diesem Winter mit dem großen volkstümlichen Heimatstück „Wildrups Hoff" an die Öffentlichkeit. Dieses Stück wurde von dem Chor aus Anlaß seines 75jährigen Bestehens gewählt. Aufführungen finden statt am 26. Dezember und am 1. und 6. Januar in der Wirtschaft Kalkefleiter.

❑ **Greven**, 21. Dez. (Allerlei.) Das alte Verkehrshindernis, eine Treppe bei Gahlen, ist jetzt entfernt. Die Treppen vor den Häusern Jansen, Dr. Temming und Joh. Becker sollen auch entfernt werden. — Die Erbreiterung der Nordwalder Straße beim Bahnübergang wird demnächst in Angriff genommen werden, ebenso die Erbreiterung des Bahnüberganges durch einen Fußgängerweg neben dem Fahrgleise. Auch die Erbreiterung der Bahnhofstraße an der Umflutbrücke bis zur eisernen Brücke bei Wiermann ist nur noch eine Frage der Zeit, um den starken Verkehr besser zu regeln und Unfälle zu verhüten. — Einen Unfall erlitt eine ältere Frau dadurch, daß sie die Haustreppe infolge Glätte hinunterfiel, so daß eine Überführung in das St. Maria-Josephs-Hospital notwendig war.

+ **Greven**, 21. Dez. (Mütterverein.) Aus Anlaß seines 25jährigen Bestehens hat der hiesige Mütterverein eine schöne Nachbildung der Achtermannschen Pieta geschenkt. Sie ist aus der Hand eines münsterischen Künstlers hervorgegangen und wurde nunmehr feierlich in der Pfarrkirche eingeweiht. In seiner Festpredigt gedachte Pfarrer Schlothmann der wunderbaren Überführung von Achtermanns berühmter Pieta von Italien nach der Bestimmungsstätte. Das Kunstwerk hat in der Kirche auf der rechten Seite des Querschiffes Aufstellung gefunden.

⊙ **Westerkappeln**, 23. Dez. **(In der Sitzung des Landgemeinderats)** wurden die Kosten für Wegeaufbesserungen wegen der schlechten Finanzlage der Gemeinde abgelehnt. Zum Schiedsmann wurde Kolon Steinriede-Metten und zu dessen Stellvertreter Wirt Puls, Stadt Westerkappeln, gewählt. Die durch Versandung des Märschgenossenschaft-Hauptkanals und ihre Beseitigung entstandenen Kosten von etwa 90 Mark wurden bewilligt. Auf den Antrag der Niedersächsischen Kraftwerke-Osnabrück wird die Genehmigung zur Führung der Leitungen an bzw. über Gemeindewege der Bauerschaften Hambüren und Handarpe nach Maßgabe des vorgelegten Planes einstimmig erteilt. Der Verkauf eines Grundstücksabplisses in Größe von etwa einem Morgen an der Lotter-Ladaer Grenze an die Anlieger Müller, Goldmeyer und Hackmann in Lotte wird genehmigt.

⊕ **Nottuln**, 21. Dez. **(Ein schweres Borstentier.)** Der 20 Monate alte Eber des Mühlenbesitzers H. Zumschulte, der am Montag geschlachtet wurde, wog 750 Pfund Schlachtgewicht.

⧺ **Dortmund**, 21. Dez. **(Großfeuer durch überkochenden Teer.)** Gestern nachmittag brach in dem Fabrikgebäude der Dachpappenfabrik Ranke durch das Platzen einer Teer-Destillationsblase ein Großfeuer aus. Der überkochende Teer entzündete sich an der Feuerung der Blase, so daß in kurzer Zeit das ganze Gebäude in hellen Flammen stand. Glücklicherweise waren in dem Gebäude keine Menschen eingeschlossen. Nach zweistündiger Arbeit gelang es der sofort erscheinenden Feuerwehr, den Brand zu löschen. Der Sachschaden ist sehr beträchtlich, da das gesamte Gebäude ein Opfer der Flammen geworden ist.

⚘ **Karnap**, 21. Dez. **(Autounfall.)** Auf der Essener Straße wich die Frau eines Buerschen Arztes, die ihren Kraftwagen selbst lenkte, einer im letzten Augenblick die Straße überquerenden älteren Frau aus. Dabei rutschte der Wagen infolge der Glätte der Straße aus und fuhr gegen eine Straßenlaterne. Der Laternenpfahl knickte um und durchschlug das Dach des Kraftwagens. Die Arztfrau wurde gegen die Vorderwand des Wagens geworfen und trug schwere innere Verletzungen davon. Die angerufene Buersche Rettungswache überführte die Verletzte ins Marienhospital.

Bielefeld, 22. Dez. **(Aufdeckung eines Diebesnestes.)** Den Bemühungen der Polizei ist es gelungen, in einem Hause in der Gemeinde Senne ein umfangreiches Diebeslager ausfindig zu machen. Der Haupttäter konnte sich leider noch durch die Flucht in vorläufige Sicherheit bringen. Ein ganzes Gespann Diebesgut, bestehend aus Stoffen, Wäsche, Woll- und Lederwaren, Schuhzeug, Uhren und Goldwaren (Ringe usw.) sowie ein neues Motorrad, ein Fahrrad, eine fast neue Schreibmaschine usw. wurden beschlagnahmt und bei der Polizeibehörde zu Brackwede einstweilen sichergestellt. Der Ursprung einiger gestohlener Gegenstände konnte bereits festgestellt werden.

⊹ **Paderborn**, 21. Dez. **(Ein Auto als Weihnachtsgeschenk für den Paderborner Bischof.)** In der Erkenntnis, daß auch für den Seelenhirten eines so weit ausgedehnten Bistums, wie es die Paderborner Diözese ist, das moderne Verkehrsmittel nicht entbehrt werden kann, haben Industrielle des Ruhrkohlengebietes dem Bischof Dr. Kaspar Klein einen erstklassigen Reisekraftwagen als Weihnachtsgeschenk zur Verfügung gestellt.

○ **Hagen**, 21. Dez. **(Ein alter, aber immer noch erfolgreicher Trick.)** Der Lehrling einer Firma hatte 1700 Mark, in der Aktenmappe wohl verwahrt, zur Bank zu bringen. Am Eingange zur Bank wurde er von einem Manne angehalten, der ihm erklärte, er sei Kriminalbeamter und müsse die Tasche beschlagnahmen; auf dem Rathaus könne er sich die Tasche wiederholen. Zum Beweise dafür stellte er ihm eine schriftliche Bescheinigung aus. Der junge Mann war so leichtfertig, dem „Kriminalbeamten" die Tasche auszuhändigen. Auf dem Rathause erfuhr er dann, daß er das Opfer eines Gauners geworden war.

Aus den Nachbar-Provinzen.

⊖ **Aus dem Oldenburgischen**, 20. Dez. **(Verschiedenes.)** Niedergebrannt ist in Petersfehn das Haus des Landmanns Twisterling. Der Familie Strodhoff verbrannte sämtliches Eingut. Die Kinder beider Familien gelangten beim spätabendlichen Brande nur mit dem Hemd bekleidet ins Freie. — In der Badewanne fand ein siebenjähriges Mädchen hiesiger Familie den Tod. Die Eltern waren abwesend und die Kinder allein zu Hause.

Nordenham, 21. Dez. **(Auf der Jagd tödlich verunglückt.)** Der 38jährige Landwirt Wilhelm Höpken hatte eine Wildente angeschossen und versuchte, sie durch einen Kolbenschlag zu töten. Dabei entlud sich der zweite Lauf, die Schrotladung drang dem Manne in die Bauchhöhle und verletzte ihn so schwer, daß er wenige Stunden später im hiesigen Krankenhause starb.

Essen, 20. Dez. **(Von einem Feuerwehrwagen getötet.)** Der 65jährige Bankbeamte Göbbels wollte beim Überqueren der Fahrbahn einem in schneller Fahrt herankommenden Auto ausweichen, wurde dabei jedoch von einem Feuerwehrauto erfaßt, überfahren und so schwer verletzt, daß er bald danach im Krankenhause starb.

♂ **Essen**, 21. Dez. **(Ein Flugzeugunglück vor Gericht.)** Wie noch erinnerlich, ereignete sich auf der großen Flugveranstaltung, die an den Pfingsttagen dieses Jahres auf dem Flugplatz Essen-Mülheim vonstatten ging, ein folgenschweres Unglück. Auf der Flugveranstaltung ließ auch die Schokoladenfirma Trumpf A.-G. Reklameflüge ausführen und Erzeugnisse ihrer Fabrik auf die unabsehbare Zuschauermenge abwerfen. Der 31 Jahre alte Flugzeugführer Walter Klötzer, der das Reklameflugzeug lenkte, hatte gegen Abend bereits einen Probeflug veranstaltet. Dann stieg er um 6 Uhr abends mit dem Kaufmann Wagner aus Düsseldorf als Fahrgast und einer großen Menge Schokolade als Ballast auf. Nachdem er einen Rundflug über das Fluggelände zurückgelegt hatte, ging er im Gleitflug bis auf 30 und schließlich auf 20 Meter und noch tiefer herunter und flog über die vorderste Reihe der Zuschauermenge hinweg, während der Fahrgast unablässig Schokolade auf die Menge hinabwarf. Plötzlich bemerkte der Führer, daß sein Flugzeug sich soweit gesenkt hatte, daß es nur noch in einer Höhe von 10 Meter über die Köpfe der Zuschauer hinwegglitt. In dem Augenblick, als er den Motor wieder auf volle Tourenzahl bringen wollte, stürzte das Flugzeug mit dumpfem Getöse ab und fiel hart an der vordersten Reihe der Zuschauer nieder, indem es sich überschlug. Der 14 Jahre alte Schüler Hermann Oberlohbeck aus Mülheim wurde sofort getötet, 7 weitere Zuschauer aus Mülheim, Essen, Gerthe bei Bochum, Werden und Kupferdreh erlitten teils schwere, teils leichtere Verletzungen. Der Flugzeugführer und sein Fahrgast kamen mit einem Nervenschock davon. Dieses Unglück hatte jetzt ein Nachspiel vor dem erweiterten Schöffengericht in Essen, vor dem sich der Flugzeugführer wegen fahrlässiger Tötung und fahrlässiger Körperverletzung verantworten mußte. Die Verhandlung, die einen ganzen Tag in Anspruch nahm, wurde in einem Raum auf dem Flugplatz abgehalten. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu einer Gefängnisstrafe von 3 Wochen. Es berücksichtigte als strafmildernd, daß anscheinend der Motor in dem Augenblick, als er das Flugzeug wieder in die Höhe bringen wollte, versagt hat. Der Staatsanwalt hatte 2 Monate Gefängnis beantragt.

⚷ **Elberfeld**, 21. Dez. **(Zehn Jahre Zuchthaus für einen Totschlag.)** In dem Totschlagsprozeß gegen den Arbeiter Karl Richartz jun. aus Ohligs wurde gestern vom Elberfelder Schwurgericht dieser wegen Tötung des Arbeiters Walter Plumacher zu zehn Jahren Zuchthaus und zu zehn Jahren Ehrverlust verurteilt. In der Begründung heißt es, daß die Beweisaufnahme ergeben habe, daß nur zwei Personen, nämlich Vater und Sohn, in Frage kommen konnten. Der Hauptbelastungszeuge Kastner hätte kein Interesse daran, den Vater oder den Sohn zu belasten, daher wäre seinen Aussagen, welche den Vater belasteten, Glauben zu schenken.

⚷ **Düsseldorf**, 22. Dez.